

Ministerrat billigt Eckpunkte für strukturelle Verbesserungen der Beamtenbesoldung im Rahmen der Dienstrechtsreform

Ministerpräsident Stefan Mappus und Finanzminister Willi Stächele: Attraktivität, Leistungsgerechtigkeit und soziale Verantwortung des öffentlichen Dienstes erhöhen

27.04.2010, „Der Ministerrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Eckpunkte für strukturelle Verbesserungen der Beamtenbesoldung im Rahmen der Dienstrechtsreform gebilligt. Wir stellen hierfür ab 2011 rund 40 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Unser Ziel ist es, die Attraktivität, die Leistungsgerechtigkeit und die soziale Verantwortung des öffentlichen Dienstes zu erhöhen. Denn qualifizierte und motivierte Beschäftigte sind das wichtigste Kapital für eine effiziente, leistungsfähige Landesverwaltung. Dabei liegt der Schwerpunkt auf Verbesserungen für die unteren und mittleren Besoldungsgruppen“, sagten Ministerpräsident Stefan Mappus und Finanzminister Willi Stächele heute (27. April 2010) in Stuttgart.

Die Eckpunkte weisen den einzelnen Ressorts Beträge zu, die für Stellenhebungen und die Erhöhung bzw. Neuregelung von Zulagen eingesetzt werden können. Zugleich umreißen sie die Maßnahmen, die im jeweiligen Ressortbereich umzusetzen sind. Zu den Begünstigten gehören vor allem der mittlere und der gehobene Dienst in Polizei, Steuerverwaltung und Justizvollzug, was den unteren und mittleren Besoldungsgruppen entspricht.

„Wir wollen den Stellenanteil in A 7 bei der Landespolizei ab 2011 auf nahezu null reduzieren. Die verbleibenden Stellen in A 7 werden künftig fast ausschließlich den Berufsanfängern bei der Bereitschaftspolizei vorbehalten bleiben. Die Versetzung in den Einzeldienst soll in der Regel mit der Beförderung nach A 8 verbunden sein. Die Stellenanteile in den Spitzenämtern des mittleren und des gehobenen Dienstes, also in A 9, A 12 und A 13, werden aufgestockt und zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im höheren Dienst geschaffen“, erklärte der Ministerpräsident.

„Mit den meinem Ressort zugewiesenen Mitteln können wir in der Steuerverwaltung voraussichtlich rund 1.500 Stellenhebungen realisieren - überwiegend in den unteren Besoldungsgruppen des mittleren und des gehobenen Dienstes. Diese beachtliche Zahl an Hebungen wird sich in den Finanzämtern vor Ort spürbar bemerkbar machen. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steuerverwaltung, die durch das immer komplexer werdende Steuerrecht stärker denn je gefordert sind, werden verdientermaßen profitieren“, betonte der Finanzminister.

Das Finanzministerium werde nunmehr die Maßnahmen des beschlossenen Eckpunktepapiers in Abstimmung mit den anderen Ressorts im Rahmen der bestehenden Besoldungsstruktur konkretisieren und in den Entwurf des Dienstrechtsreformgesetzes sowie den Nachtragshaushalt 2010/2011 aufnehmen, erklärten Mappus und Stächele.

Quelle: *Staatsministerium Baden-Württemberg*

Anlagen/Downloads

- [Eckpunktepapier „Strukturelle Verbesserungen der Beamtenbesoldung in der Dienstrechtsreform“ \[PDF, 11.7 KB\]](#)